



2. Band Nr. 48

Ausgegeben am 29. August 1913

31. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Der Streit um die Deckungsfrage.

Von Ant. Pannkoek.

An die Verabschiedung der Militärvorlage hat sich in der Partei eine lebhafteste Erörterung über die Stellungnahme der Fraktion zur Deckungsfrage geknüpft. Dabei sind vor allem zwei Auffassungen einander gegenübergetreten. Nach der einen müssen wir und mußte in diesem Falle die Fraktion für direkte Steuern stimmen, um eine Mehrbelastung der Volkmassen durch indirekte Steuern zu verhindern. Nach der anderen dürfen wir dem Staate überhaupt keine Mittel, auch keine Besitzsteuern für den Militarismus bewilligen — dieser Standpunkt wird in der Formel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ zusammengefaßt —, und daher sei es falsch gewesen, daß die Fraktion für den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer gestimmt habe. Wenn es auch scheint, daß der Hauptsache nach die erste Auffassung von den Revisionisten, die zweite von den Radikalen verfolgt wird, so ist doch in dieser Frage die Trennungslinie der alten Richtungen vielfach durchbrochen worden. Daher mag ein Versuch zur Orientierung hier am Platze sein.

I.

Wenn sich in der Partei bei der Diskussion dieser Frage eine gewisse Unsicherheit zeigte, so liegt das wohl daran, daß früher in dem Kampfe gegen die Rüstungen vor allem der Gesichtspunkt der schweren Steuern, mit denen sie die Masse belasten, maßgebend war — das tritt auch in der Propaganda der Rüstungsbeschränkung hervor. Dieser Gesichtspunkt war natürlich, weil die Kosten der Rüstungen durch indirekte Steuern aufgebracht wurden. Sobald aber Besitzsteuern für die Kosten des Militarismus vorgeschlagen wurden, war diese Gleichsetzung von Militarismus und Rüstungskosten nicht mehr möglich. Jetzt tritt hervor, daß die indirekten Steuern, die der Militarismus mit sich bringt, zwar eine sehr wichtige, aber keineswegs der einzige oder hauptsächlichste Grund unserer Bekämpfung des Militarismus ist. Streitigkeiten müssen sich nun ergeben über die Frage, in welchem

Maße die finanzielle Belastung in diesem Gesamtkampf gegen die anderen Faktoren mitzählt. Aus diesem Grunde ist die Zustimmung unserer Fraktion zur sofortigen zweiten Lesung der Militärvorlage mit Recht kritisiert worden; sie ordnete den Kampf gegen das Ganze der finanziellen Frage unter; um in dem Kampfe um die Deckung — wie man glaubte — günstigere Verhältnisse zu schaffen, stellte man sich nicht mit aller Macht einer raschen Erledigung der Militärvorlage in den Weg.

Auch wenn die Kosten des Militarismus durch die besitzende Klasse selbst getragen werden, muß er mit derselben Kraft vom Proletariat bekämpft werden. Nicht nur aus den bekannten Gründen, daß er den Zweck hat, den „inneren Feind“ niederzuhalten, und daß die ganze reaktionäre Einrichtung des militärischen Systems unseren schärfsten Kampf herausfordert. Sondern vor allem, weil Armee und Flotte eine Angriffswaffe des Imperialismus sind; sie sollen als Machtmittel der Bourgeoisie des eigenen Landes dienen, fremde Ausbeutungsgebiete für das Kapital zu erobern (Deutschland, Italien), oder, falls man solche besitzt, sie gegen andere zu verteidigen (England, Holland, Frankreich). Außer den finanziellen Lasten werden der Arbeiterklasse schwere persönliche Opfer auferlegt im Dienste einer Politik, der das Proletariat absolut feindlich gegenübersteht. Darin liegt der tiefste Grund unseres Kampfes gegen den Militarismus. Daneben kommt noch ein ökonomisches Moment. Die Kosten, die die kapitalistische Gesellschaft für den Militarismus aufwendet, sind Unkosten der Produktion; sie bedeuten, auch wenn die Bourgeoisie sie bezahlt, eine unproduktive Vergeudung von Mehrwert. Wenn das Geld, das sonst zum Bauen von Fabriken, zum Anfertigen von Maschinen und zur Bezahlung von Arbeitern dienen könnte, vom Staate genommen wird, der dafür Kasernen bauen, Kanonen gießen und Soldaten unterhalten läßt, so bleibt die Sache zwar insoweit gleich, daß dieselben Bauunternehmer und Eisenindustrielle dabei Profit machen, dieselben Proletarier daraus Lebensmittel bezahlt bekommen. Aber der Unterschied liegt darin, daß bei dem Gebrauch und Verbrauch dieser Produkte und dieser Arbeitskraft im ersten Falle neuer Wert geschaffen wird, im zweiten Falle nicht; im ersten Falle wäre die Mehrwertmasse der Gesellschaft vergrößert, im zweiten Falle wird sie verringert.¹ Der Militarismus wirkt also als eine Bremse der Akkumulation, er verlangsamt die ökonomische Entwicklung. Auch von diesem Standpunkt kann es also dem sozialistischen Proletariat nicht gleichgültig sein, wenn die besitzende Klasse für den Militarismus mit Steuern belegt wird.

II.

Ergibt sich nun aus allen diesen Gründen, daß wir nicht für direkte Steuern stimmen dürfen, die für den Militarismus dienen sollen? Keines-

¹ In diesen ökonomischen Wirkungen ist bisweilen ein Argument gefunden, den einmaligen Wehrbeitrag abzulehnen. Mit Unrecht; denn wenn für die einmaligen Kosten nicht ein Wehrbeitrag erhoben wäre, hätten sie durch eine Anleihe gedeckt werden müssen. In beiden Fällen wäre Kapital dem Kapitalmarkt entzogen, das sonst produktiv verwendet werden könnte; der Unterschied liegt darin, daß im zweiten Falle die Kapitalisten dafür Zinsen bekommen hätten, die aus Steuern zu bezahlen waren, im ersten Falle dagegen nichts. Gegen einen Wehrbeitrag, der nicht in erster Linie den kleinen Besitz, sondern vor allem das Großkapital trifft, wäre daher nichts einzuwenden.

wegs. Es ergibt sich daraus nur, daß wir den Militarismus mit aller Macht bekämpfen müssen. Nun wird oft angeführt, daß wir den Militarismus unterstützen, wenn wir ihm Steuern bewilligen. Die „Bewilligung“ der Ausgaben hat aber schon bei der Abstimmung über die Militärvorlage stattgefunden. Ist sie angenommen, dann sind nicht nur die Männer, sondern auch die Groschen bewilligt. Denn wie sich auch die Deckung gestaltet, das Geld wird verausgabt und wird irgendwoher beschafft. Die Abstimmung über die Deckung ist nichts anderes als einfach eine Wahl zwischen verschiedenen Steuern; sie hat mit unserer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus nichts mehr zu tun und muß lediglich vom Standpunkt sozialdemokratischer Steuerpolitik beurteilt werden. Was für den Militarismus gilt, gilt auch für viele andere Staatszwecke; als Beispiel sind schon angeführt worden die Justizausgaben, die auch zur Aufrechterhaltung des Klassenstaats dienen. Und die Sozialdemokratie stellt sich ja auch auf den Standpunkt, daß sie für keinen dieser Zwecke Geld bewilligen will. Aber das bedeutet nicht, daß sie überhaupt nicht für direkte Steuern zur Deckung irgendwelcher Staatsausgaben stimmen darf. Die „Bewilligung“ der Ausgaben findet bei der Etatsabstimmung statt; in der Budgetverweigerung bringt die Partei zum Ausdruck, daß sie dem Staate keine Mittel bewilligt. Aber deshalb tut sie doch alles mögliche, die Steuern so zu gestalten, daß sie möglichst von den Besitzenden getragen und vom Proletariat abgewälzt werden.

Der Standpunkt, der in den Diskussionen in den Parteiorganisationen wiederholt von hervorragenden Genossen vertreten wurde: daß wir überhaupt nicht für Besitzsteuern stimmen dürfen, die zur Deckung militärischer Ausgaben bestimmt sind, läßt sich also nicht aufrechterhalten. Wenn sie sich aber darauf berufen, daß sie nur den Standpunkt vertreten, der früher allgemein, wenn nicht in der ganzen Partei, so doch in ihrer radikalen Mehrheit angenommen wurde, so haben sie vollkommen recht. Dieser Standpunkt hatte früher seine Berechtigung, nicht als der Ausfluß unserer Prinzipien, der deshalb für immer zu gelten habe, sondern als zeitweiliger Ausfluß bestimmter politischer Verhältnisse, die sich seitdem umgewandelt haben. Diese Verhältnisse hat neulich Genosse Hoch in der „Leipziger Volkszeitung“ (13. August) angedeutet, als er die Frage stellte: „Dürfen wir auch für direkte Steuern stimmen, wenn sie zwar nicht äußerlich, wohl aber tatsächlich die Voraussetzung dafür sind, daß die bürgerlichen Parteien die Militärvorlage annehmen?“ In früheren Jahrzehnten war eine bürgerliche Opposition vorhanden, die Rücksicht nehmen mußte auf ihre kleinbürgerlichen und besitzlosen Wähler und sich daher gegen die Militärforderungen lebhaft sträubte. Fielen sie schließlich doch um, so mit der entschuldigenden Erklärung, daß die Volksmassen dadurch nicht weiter belastet werden dürften. Solange diese Erklärung als ernsthafte Bedingung gelten konnte, war die Ablehnung direkter Steuern für den Militarismus durch unsere Fraktion ein Kampfmittel gegen den Militarismus überhaupt; unsere Zustimmung zu solchen Besitzsteuern hätte ihnen die Zustimmung zu den Militärforderungen erleichtert. Die Möglichkeit, das große, allgemeine Übel der Ausdehnung der Rüstungen einzudämmen, mußte da schwerer wiegen als das Teilübel, die finanzielle Mehrbelastung der Massen.

Aus dieser Sachlage läßt sich die ablehnende Haltung der Partei allen für den Militarismus bestimmten Steuern gegenüber verstehen. Aber seit-

dem haben sich die Verhältnisse geändert. Der Imperialismus hat fast die ganze bürgerliche Welt unter seine Fahne gesammelt, und von einer wirklichen Ablehnung der militärischen Forderungen durch eine der bürgerlichen Parteien ist keine Rede mehr. Wie sich auch die Deckung gestalten mag: Zentrum und Freisinn bewilligen die Militärvorlage auf jeden Fall, und die Voraussetzung, die der Frage des Genossen Hoch zugrunde liegt, ist jetzt nicht mehr vorhanden. Eine Haltung der Partei, die früher nur allzu berechtigt war, hat durch die neueste Entwicklung der politischen Verhältnisse unter dem Einfluß des Imperialismus ihre Grundlage verloren.

III.

Damit ist nun die Frage, wie wir in einem Falle wie bei der letzten Deckungsfrage zu stimmen haben, keineswegs entschieden; sondern es ist nur die Grundlage gewonnen worden, auf der eine Diskussion der Frage möglich ist. Ausgeschaltet ist eine Lösung, die zu Unrecht die Entscheidung über die Deckung mit unserer prinzipiellen Gegnerschaft zum Militarismus verquidt und dadurch die Sache verwirrt; sie ist nur erst auf den richtigen Boden gestellt, wo sie hingehört, auf den Boden der Steuerpolitik. Wenn aber, wie namentlich oft von revisionistischer Seite geschehen ist, behauptet wird, wir müssen nun allen Besitzsteuern zustimmen, damit nicht an deren Stelle indirekte Steuern auf das Proletariat gelegt werden, so trifft diese simplistisch-dogmatische Auffassung nicht zu; so einfach liegt die Sache nicht. Es handelt sich dabei auch nicht einfach um steuertechnische Fragen, sondern die allgemeine Taktik der Arbeiterklasse spielt hier mit hinein.

Es ist von vornherein klar, daß nicht alles, was von der Regierung unter dem Namen Besitzsteuer präsentiert wird, den Anforderungen entspricht, die wir an eine von uns zuzustimmende Besteuerung des Besitzes stellen. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die Unkosten der kapitalistischen Gesellschaft aus dem Mehrwert bezahlt werden müssen. Mag es nun technisch schwierig sein, diesen Mehrwert, der in den verschiedensten Einkommensquellen enthalten sein kann, genau zu treffen, so gibt dieses Prinzip doch allgemeine Richtlinien. Daher darf bei der Form von Einkommen- und Vermögenssteuer nicht alles Einkommen und alles Vermögen in derselben Weise getroffen werden; eine Einkommensteuer ohne Progression und Abzug eines steuerfreien Mindesteinkommens wäre zugleich eine schwere Besteuerung des Arbeitslohns, der nach unserer Anschauung steuerfrei bleiben soll. Eine Vermögenssteuer oder einmalige Abgabe dürfte nur das Vermögen treffen, das Kapitalcharakter trägt, so daß in Wirklichkeit der Mehrwert besteuert wird; der kleinbürgerliche Besitz, der nur Grundlage eines Lebensunterhalts aus eigener Arbeit ist, darf dabei nicht besteuert werden; und die sozialistische Partei darf da nicht sagen: wenn nur die Arbeiter frei bleiben, geht es uns weiter nichts an, wer bezahlt — sondern sie muß eine Steuer oder eine Abgabe, die statt des Großkapitals den Kleinbesitz trifft (wie den ersten Entwurf des Wehrbeitrags) entschieden ablehnen und bekämpfen.

Aber auch wenn es sich um eine Steuer handelt, die wirklich den kapitalistischen Besitz trifft, kann es vorkommen, daß die Sozialdemokratie sie aus Gründen ihrer allgemeinen Taktik ablehnen muß. Wenn das

sonderbar erscheint, der möge zum Vergleich ein anderes Gebiet unserer Politik heranziehen. Kein Mitglied der Partei zweifelt daran, daß wir Sozialreform und Arbeiterschutz mit aller Macht befürworten. Bedeutet das, daß wir jedem Gesetz, in dem irgend ein Fortschritt auf diesen Gebieten enthalten ist, zustimmen müssen? Unsere Fraktion hat in den achtziger Jahren gegen die Sozialversicherungsvorlagen und 1893 gegen die Gewerbenovelle gestimmt, und zwar aus sehr richtigen Gründen prinzipiell-taktischer Natur. Das Proletariat tritt an seine Ausbeuter mit Forderungen heran, und diese müssen schon etwas davon gewähren aus Furcht vor dem allzu starken Anwachsen der Unzufriedenheit. Aber wir sind nicht so bescheiden, daß wir jedes Zugeständnis als ein unverhofftes Glück dankbar annehmen und rühmen; wesentliche Reformen nehmen wir kühl und ohne Dank als eine kleine Abschlagszahlung entgegen, aber wenn das Dargebotene gegenüber der Größe des Übelsandes allzu dürftig und geradezu ein Hohn auf unsere Forderungen ist, weisen wir es zurück. Wir wissen, daß die herrschende Klasse ihre Vorschläge nicht in unserem, sondern in ihrem Interesse macht; daher handelt es sich auch nicht um ein Glück, das wir zu ergreifen haben, da es sich bietet, weil es sonst nicht zurückkehrt. Umgekehrt: was die herrschende Klasse sich genötigt fühlt, dem Proletariat zu bieten, hängt vor allem auch von dem trotigen Sinn ab, mit dem es für seine Ansprüche eintritt und kämpft. Die Rolle eines Bettlers, der demütig jedes Almosen annimmt, paßt nicht für eine Klasse, die eine Welt zu erobern hat und für diese Aufgabe in erster Linie auf Propaganda ihrer Prinzipien bedacht sein muß. Diese Propaganda muß nicht nur Wissen, Klassenbewußtsein und Organisation in den Massen großziehen, sondern auch Unabhängigkeitsinn, Stolz und Selbstachtung; und es ist der größte Ruhm der Sozialdemokratie, daß sie in den Massen den freien, hochherzigen und trotigen Sinn geweckt hat, der für Klassenkämpfer nötig ist. In diesem moralischen Aufstieg der Massen liegt eine Hauptquelle unserer Kraft; deshalb ist es von höchster Wichtigkeit, durch unsere Haltung im politischen Kampf den Klassenstolz zu wecken. Und wenn man sagt, daß die Massen diesen trotigen Standpunkt nicht verstehen werden, so kann man antworten, daß sie dann eben lernen müssen, ihn zu verstehen. Die Partei hat sich nie ängstlich gefragt, ob die großen Massen ihre Stellungnahme billigen werden; sie hat nur danach gefragt, ob sie das allgemeinste und dauernde Interesse des Proletariats vertritt, sicher, daß sie damit, wenn nicht bei der nächsten Wahl, doch auf die Dauer die Massen gewinnen wird. Sie kann es nicht als ihre Aufgabe erblicken, zu dem demütigen Standpunkt der noch anspruchlosen Massen hinabzusteigen, sondern nur, diese zu sich emporzuheben. Wenn unsere Partei durch die Zurückweisung völlig ungenügender Machwerke der Regierenden ihr stolzes Selbstbewußtsein bekundet, führt sie eine bessere Propaganda für unsere Sache, als wenn sie durch deren Annahme um die Stimmen der noch unaufgeklärten Massen wirbt.

Das gilt auch für Besitzsteuern, denen wir sonst prinzipiell zustimmen könnten. Wenn eine kleine Belastung des Besitzes dazu dienen soll, eine schwere Besteuerung der Massen schmachhaft und annehmbar zu machen, liegt aller Grund vor, sie abzulehnen, auch wenn sie uns sonst zusagen würde — dies war bekanntlich der Standpunkt eines großen Teiles der radikalen Genossen, als auf dem Leipziger Parteitag über die Erbschafts-

steuer gestritten wurde. Ähnlich liegt die Sache jetzt bei den Deckungsvorlagen. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Mehrheit der Fraktion, die zustimmen, oder die Minderheit, die ablehnen wollte, recht hatte, handelt es sich um ein Mehr oder Weniger; war die Vermögenszuwachssteuer so gut, daß sie als ein wertvoller Anfang der Besteuerung des Besizes gelten müsse, oder so schlecht, daß sie eher als ein Hohn auf unsere Forderungen gelten könnte? Eine Frage des Prinzips ist dies also nur so weit, als nur auf Grund einer prinzipiellen Taktik diese Frage überhaupt gestellt werden konnte.

So erklärt sich die Tatsache, daß manche unserer radikalen Genossen für die Zustimmung waren, während die meisten sich dagegen wandten. Daß für letzteres zumeist als Begründung der Verwendungszweck angeführt wurde, beweist nicht, daß dies in Wirklichkeit der tiefste Grund war; politische Stellungnahmen finden fast immer intuitiv statt, während man sich erst nachträglich eine Begründung aufbaut. Gäßen die Liberalen eine wirkliche gute Erbschaftssteuer vorgeschlagen, so wäre zweifellos die ganze Fraktion dafür gewesen. Jetzt aber stand man vor einem Umfall der Liberalen, die, statt mit der Sozialdemokratie eine gute Erbschaftssteuer durchzusetzen, mit den Amerikanern ein Kompromiß schlossen und eine Steuer zustande brachten, deren absurde Unzulänglichkeiten in der Tagespresse schon genügend hervorgehoben worden sind, und die mit den gleich absurden Stempelsteuern zusammen nicht genug einbringen wird, so daß bald doch wieder zu weiteren indirekten Steuern gegriffen werden wird. Unter diesen Umständen mußte die Minderheit der Fraktion ganz richtig das Gefühl haben, daß dies eine Steuergesetzgebung gegen die Arbeiterklasse war, und ihr Standpunkt, gegen diese Steuer zu stimmen, wäre unseres Erachtens auch der richtige gewesen.

Der Einwand, daß dann an deren Stelle indirekte Steuern gekommen wären — unsere Abstimmung beurteilen wir natürlich immer, als ob die Fraktion ausschlaggebend war —, ist hinfällig; ein bißchen direkte Steuer für die Kosten des Militarismus ist ein Bedürfnis der herrschenden Klasse, so gut wie ein bißchen Sozialreform. Es ist natürlich auch nicht sicher, daß dann im Herbst eine bessere Steuer zustande gekommen wäre, aber wir hätten es ruhig abwarten können. Sicher aber ist, daß eine Haltung, die nicht jedes Resultat eines Kompromisses, bei dem wir ausgeschaltet wurden, als einen großen Gewinn und als unseren Triumph rühmt, die kräftigste Wirkung auf die herrschende Klasse ausübt und auf die Dauer den meisten Gewinn bringt.

Sozialdemokratie und tropische Landwirtschaft.

Von Ludwig Quessel.

Obwohl unter den sozialdemokratischen Theoretikern über die Frage, ob in der Landwirtschaft der gemäßigten Zone dem Groß- oder Kleinbetrieb die Zukunft gehört, eine Einigung noch immer nicht erzielt worden ist, herrscht unter Radikalen und Reformisten doch volle Übereinstimmung darin, daß wir alle Maßnahmen der staatlichen Landwirtschaftspflege, die geeignet sind, die Lebensmittelproduktion zu steigern, zu fördern hätten. In dieser Haltung ließen sich unsere Vertreter in den Landtagen auch durch